

INTERVIEW MIT BUNDES RAT PASCAL COUCHEPIN

Das «patriotische Opfer» des SIG

Über die Schächtdebatte, den Nahostkonflikt und die Religion der Humanität – Bundesrat Pascal Couchepin im Gespräch mit Yves Kugelmann und Olivier R. Lasowsky.

TACHLES: Herr Bundesrat, im vergangenen Herbst hatten Sie sich mit ihrem Einsatz für eine Lockerung des Schächtverbots sehr weit hinausgelehnt. Im März haben Sie dann den Lockervorschlag unerwartet zurückgezogen. Hatten Sie die Entwicklung dieser Debatte letztlich falsch eingeschätzt gehabt?

BUNDES RAT PASCAL COUCHEPIN: Im Herbst hatte ich mich mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) getroffen, um über das Schächtverbot zu diskutieren. Damals warnte ich Herrn Donath, (den SIG-Präsidenten, Anm. d. Red.), dass eine Empfehlung des Bundesrats, das Schächtverbot zu lockern, eine grosse und unangenehme Diskussion auslösen würde. Und ich sagte ihm, dass es selbst für die Revision des Tierschutzgesetzes eine Gefahr sein könnte. Dennoch war ich bereit, mich im Interesse der Religionsfreiheit für die Lockerung einzusetzen, falls der SIG dies wollte. Herr Donath dachte, dass es möglich wäre, das Schächtverbot erfolgreich zu bekämpfen, und so haben wir unsere Emp-

fehlung abgegeben. Wobei ich sagen muss, dass ich fast keine Möglichkeit für einen Erfolg sah. Nach der Vernehmlassung habe ich mich mit Herrn Donath wieder getroffen und er zeigte sich erstaunt ob den heftigen Reaktionen. Ich war nicht so erstaunt.

Sie sagen, dass Sie die Konfrontation vorausgesehen hätten. Wäre sie vom Bundesrat zu verhindern gewesen?

Nein, das wäre unmöglich gewesen. Wenn man das Schächtverbot abschaffen will, muss man mit einem Kampf rechnen.

Das heisst, es ging Ihnen ums Prinzip der Religionsfreiheit, und nicht darum, den Kampf zu gewinnen?

Herr Donath war überzeugt, dass der SIG diesen Kampf gewinnen könnte – und ich bin ja schliesslich kein Prophet. Aber in diesem Fall war der Einsatz für die Religionsfreiheit tatsächlich eine Frage des Prinzips. Ich bin ein Liberaler und deshalb für die Religionsfreiheit. Und das Schächtverbot ist ein Problem für die Religionsfreiheit. Wobei es mir nicht um das Schächtverbot an und für sich ging, sondern darum, dass für die jüdische und moslemische Gemeinschaft die Versorgung von Koscher- und Halalfleisch gewährleistet ist.

Es ist eine offene Haltung des Bundesrats, dass er so viel Risiko eingeht.

Wenn man wegen Prinzipien einmal verliert, ist das keine Katastrophe. Zusätzlich interessierte mich auch die Debatte über das Verhältnis zwischen Mensch und Tier. Denn hier hatte ich noch einen anderen Gedanken. Nämlich, im Gegensatz zur traditionellen christlichen Auffassung, ist im Judentum der Unterschied zwischen Mensch und Tier weniger radikal. Und es ist für mich keine Überra-

schung, dass der Vorstoss, dass ein Tier als Lebewesen und nicht mehr als Sache betrachtet werde, vom damaligen Nationalrat Francois Loeb eingebracht wurde. Denn, wie ich die jüdische Philosophie verstanden habe, ist das Leben als solches so wichtig für die Juden, dass bildlich gesprochen, sich alle Lebewesen auf einer Leiter befinden. Wo der Mensch zwar den höchsten Platz einnimmt, die Abstufungen zu den anderen Lebewesen aber nicht so

gross sind. Im Christentum hingegen ist der Mensch oben und das Tier unten.

Und dennoch ist der Einsatz in der christlichen Bevölkerung in Sachen Tierschutz enorm hoch. Ist das nicht eine Diskrepanz zur christlichen Tradition?

Nein, denn die christlichen Werte prägen den Alltag

nicht mehr so stark. Das gilt auch für den Bereich des Tierschutzes. Was die Haltung gegenüber den Tieren betrifft, existiert heute eine Art von Pantheismus. Und so ist die interessante Diskussion über die Würde des Tieres nur in diesem Sinne möglich, weil für die meisten Leute das Tier eine inhärente Würde hat. Für mich jedoch hat das Tier nur Würde, weil der Mensch entschieden hat, dass es würdig ist. Ich glaube, dass die Tiere respektiert werden müssen, und es beleidigt mein Selbstbild als Mensch, wenn man die Tiere quält. Doch Würde ist für mich grundsätzlich ein menschlicher Begriff.

Von den Regierungsparteien hat sich lediglich die SP gegen die Lockerung des Schächtverbots ausgesprochen – bei den Kantonen hingegen alle, ausser den Kantonen Zürich und Basel-Stadt. Wie erklären Sie diesen Unterschied?

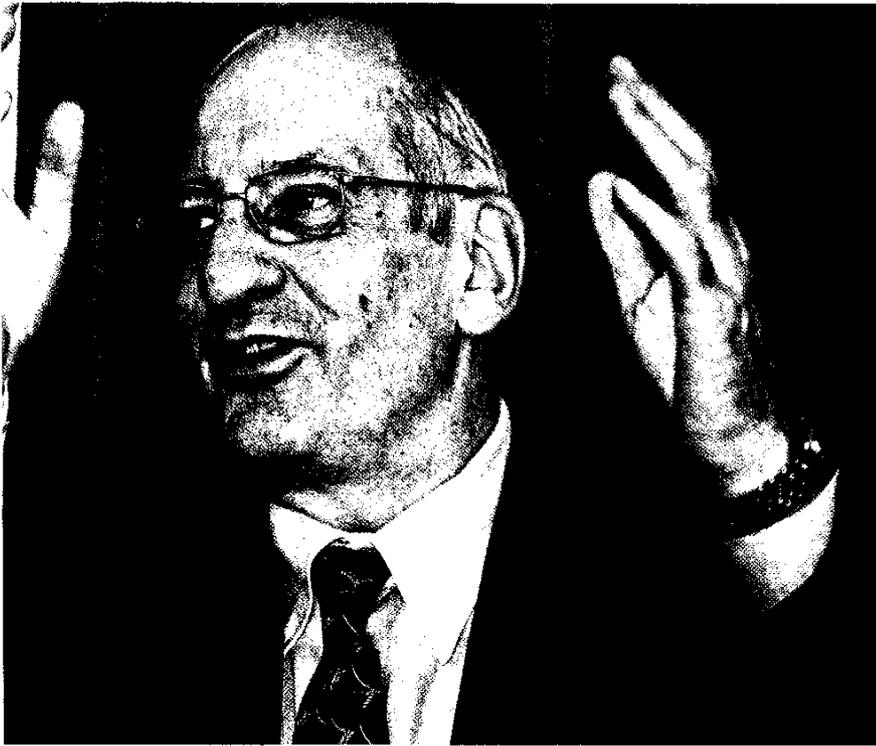
Die Kantone haben im Gegensatz zu den Regierungsparteien nicht nach dem politischen Kriterium der Religionsfreiheit argumentiert. Sie haben sich mehrheitlich für die Beurtei-

**«Die Schweizer
Juden können
zeigen, dass sie
keine Israeli
sind.»**

HINTERGRUND

DIE SCHÄCHTDEBATTE

> Der Bundesrat hat im Herbst 2001 empfohlen, das Schächtverbot zu lockern. Im Rahmen der Tierschutzgesetzesrevision hätte das Schächtverbot für die Juden und die Moslems, das seit 1974 im Tierschutzgesetz verankert ist, aufgehoben werden sollen. In der Vernehmlassung zur Revision haben sich Kantone und Interessenverbände (Tierschutzvereine, Bauernverbände, Veterinärmediziner usw.) jedoch vehement gegen die Aufhebung des Schächtverbots gewehrt. Aber nicht nur in Bundesbern war das Schächtverbot Gegenstand heisser Diskussionen, auch in den Medien wurde das Thema breit ausgewälzt. Der öffentliche Druck auf die jüdische Gemeinde verstärkte sich somit zusehends. Schliesslich hat der SIG, unter der Führung ihres Präsidenten Alfred Donath, den Bundesrat im März ersucht, die geplante Gesetzesänderung hinsichtlich des Schächtverbots zurückzuziehen.



GESELLSCHAFT «Heute, scheint es mir, genügt es schon, dass man Mitgefühl zeigt»

lung der Veterinärmediziner entschieden, die ganz klar gegen das Schächten sind. Wenn man nicht das Gleichgewicht zwischen Tierschutz und Religionsfreiheit sucht, dann entscheidet man ganz klar zugunsten der heutigen Regelung. Ich bin überzeugt, dass wir ein anderes Resultat in den Kantonen gehabt hätten, wenn das Verhältnis zwischen Tierschutz und Religionsfreiheit in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe erarbeitet worden wäre. Was jedoch nicht heisst, dass das Volk auch anders entschieden hätte.

Wieso war die Gegnerschaft in der Bevölkerung so stark?

Ich denke, ein grosser Teil der Leute verstanden nicht, dass es sich beim Schächten um ein religiöses Gebot handelt. Vielmehr dachten sie, dass das Schächten ein «Wunsch» sei. Denn aus ihrer Perspektive ist das Schächten «schmerzvoller» für die Tiere als das Schlachten durch andere Methoden. Und sie konnten nicht verstehen, dass ein religiöses Gebot diese Art von Töten verlangen sollte. Deshalb war es in diesem Fall fast unmöglich, die Leute zu überzeugen – obwohl es über die «Schmerzen

des Tieres» verschiedene wissenschaftliche Ansichten gibt. Um die Einstellung in der Bevölkerung in Bezug auf die Religion besser zu verstehen, können wir auch die Zölibatsregelung für die katholischen Priester anschauen. Wenngleich ich diesbezüglich eigentlich keinen Vergleich zum Schächtverbot machen möchte, denn das wäre dumm. Dennoch – die Zölibatsregelung wird von vielen Leuten heute nicht mehr verstanden, weil das für sie nichts mehr mit Religion zu tun hat. Unsere Gesellschaft betrachtet die Religion nicht mehr als absolut, sondern als relativ.

Ist es nicht ein Armutszeugnis für die Schweiz, wenn im «Interesse des interreligiösen Friedens» – wie Sie es formuliert haben – die Abschaffung eines religiös-diskriminierenden Gesetzes fallengelassen werden muss?

Nein. Es ist nie ein Armutszeugnis, wenn Leute bereit sind Kämpfe zu vermeiden. Wenn es einen Weg gibt, Frieden zu stiften, oder Konflikte zu vermeiden, soll man nie von einem Armutszeugnis sprechen – gerade in der heutigen Zeit. Und die Schweizer Juden sollten das auch zu schätzen wissen.

Dann begrüsst Sie also, dass der SIG den Bundesrat ersuchte, seinen Vorschlag zur Lockerung des Schächtverbots zurückzuziehen?

Natürlich. Ich würde sagen, ich betrachte es als ein «patriotisches Opfer» (lächelt). Für mich ist das ein Zeichen von guten schweizerischen Bürgern, die vermeiden wollen, dass man hier zusätzliche Konflikte austrägt, die man anderweitig erledigen kann. Über den Import zum Beispiel.

Dennoch bleibt eine formale Diskriminierung bestehen. Gibt es eine Möglichkeit, diese zu beheben?

Heute sieht man, dass das Schächtverbot nicht fallen kann. Wenn jedoch die Möglichkeit besteht, dass in jüdischen Kreisen eines Tages eine Betäubungsmethode entwickelt wird, die aus religiöser Sicht zulässig ist, dann wird es auch keine Diskriminierung mehr geben. Aber dies ist natürlich die Sache der jüdischen Gemeinde und nicht diejenige des Bundesrats.

Die Schächtdebatte zeigte einmal mehr, dass politische Debatten zusehends auf emotionaler und teilweise irrationaler Ebene geführt werden ...

Das grosse Problem ist die Entwicklung der Gesellschaft. Ich habe einmal gelesen, dass die einzige universale Lehre der Religion der Humanität, der Menschheit ist. Man fühlt sich einem Menschen, der Schmerzen empfindet, verbunden. Das ist eine gute Sache. Die Frage ist jedoch, was jeder einzelne unternimmt, um die Schmerzen des anderen zu lindern. In der christlichen Religion wird normalerweise gesagt: «Wenn jemandem Schmerzen zugefügt werden, sollst du nicht schweigen.» Also muss sich jeder einzelne Fragen: «Wie kann ich helfen?» Heute, scheint es mir, genügt es jedoch schon, das man «mitschmerzt», das man Mitgefühl zeigt. Und diese Sympathie oder dieses Mitgefühl geht immer weiter. Die Leute empfinden Mitgefühl gegenüber jedem Menschen im noch so entferntesten Ecken dieser Welt, aber auch gegenüber allen Kreaturen, inklusive den Tieren. Protest oder Mitgefühl ersetzen die Wohltätigkeit. Viele sehen sich nicht mehr gezwungen, etwas zu unternehmen, wenn ein Bruder Schmerzen

empfindet. Sehr oft genügt es schon, dass man «mitschmerzt». Man weint mit dem Weinenden. Ich bin jedoch ein Klassiker in diesem Bereich. Deshalb frage ich: «Was machst du, um den Weinenden zu helfen, die Tränen zu vermeiden?» Denn es genügt nicht, allein seine Betroffenheit oder sein Mitgefühl auszudrücken. Wenn ich also nicht bereit bin, dem Weinenden konkret zu helfen, werde ich auch nicht mit ihm weinen.

Sie haben angekündigt, dass der Bundesrat den Import von geschächtem Fleisch im Landwirtschaftsgesetz verankern möchte. Wie kann der Bundesrat sein Versprechen angesichts der Tierschutzinitiative, die auch den Import verbieten will, einlösen?

Ich glaube, die Tierschützer übertreiben in diesem Fall und sie werden verlieren. Wir werden den Import im Gesetz verankern.

Dann sind Sie sich sicher, dass Sie diesen Kampf gewinnen werden?

Man kann nie 100-prozentig sicher sein. Aber ich glaube, dass die Bevölkerung, quasi als Gegenleistung für die patriotische Haltung des SIG, akzeptieren wird, dass der Koscherfleischimport im Gesetz verankert wird. Ein Importverbot würde einfach zu weit gehen.

Zu einem anderen Thema. Der Bundesrat hat mit seiner Nahostpolitik Anfang April für heftige Reaktionen gesorgt. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) muss nun die wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel überprüfen. Was heisst das konkret?

Wir haben lediglich den Auftrag, die Ursprungsregelung der Importware zu überprüfen. Das heisst, wir müssen überprüfen, ob die Produkte, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, auch als solche deklariert sind. Das ist unser Auftrag. Wir werden das prüfen und einen Bericht erstellen. Erst danach entscheiden wir, was wir machen.

Wie wichtig sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel?

Für uns sind die Beziehungen wichtig, obwohl der wirtschaftliche Austausch nicht so gross ist. Es gibt eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, wie zum Beispiel der Technologie. Das ist natürlich für beide Länder interessant. Dazu haben wir einen Diamantenverkehr: Wir schicken die Diamanten zur Bearbeitung nach Israel, danach kommen sie zurück. Doch ich kann nicht beurteilen, wie wichtig das für die Schweizer Wirtschaft ist.

Wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel in der heutigen Situation würde ich nicht unterstützen, weil ich grundsätzlich nicht einverstanden bin, dass wir die wirtschaftliche Waffe einsetzen, um politische Ziele zu erreichen. Dennoch



ISRAEL Kritik ist nicht gleich Antisemitismus

gibt es Ausnahmen, wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit – das ist für uns nicht akzeptabel. Aber sonst ist für mich die wirtschaftliche Waffe in einem politischen Konflikt keine Option.

Wie sehen Sie die langfristige Rolle der Schweiz im Nahostkonflikt?

Wenn die Schweiz erreichen kann, dass das humanitäre Völkerrecht respektiert wird, haben wir in Anbetracht unserer Einflussmöglichkeiten schon viel gemacht. Das wäre ein grosser Erfolg.

Man könnte den Eindruck gewinnen, dass sich die Schweiz in letzter Zeit versucht, auf der internationalen Politbühne zu profilieren, dass der Nahostkonflikt dazu diene, sich in diesem Sinne zu etablieren?

Wenn ich die Konflikte auf der Welt betrachte,

ist der heutige Nahostkonflikt zwischen den Israeli und den Palästinensern wahrscheinlich der gefährlichste. Und die Lösung dieses Konflikts ist unter Umständen der Schlüssel zu verschiedenen anderen Konflikten in Nahost. Darum soll sich die Schweiz engagieren.

Wie informieren Sie sich über den Konflikt im Nahen Osten?

Ich lese die Zeitungen, schaue fern und diskutiere darüber mit meinen Mitarbeitern. Wir versuchen, die Argumente beider Seiten zu verstehen. Auch besprechen wir den Nahostkonflikt jede Woche in der Bundesratssitzung.

Während der Holocaust-Debatte trat der latente Antisemitismus in der Schweiz vermehrt an die Oberfläche. Zurzeit besteht die gleiche Gefahr wegen des Nahostkonflikts. Was unternimmt der Bundesrat diesbezüglich?

Man soll sich davor hüten, kritische Bemerkungen gegenüber jüdischen Organisationen, jüdischen Personen oder Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen. Wenn man die massive Kritik am Papst und den katholischen Priestern betrachtet, warnt ja auch niemand gleich vor einer Welle von Antikatholizismus.

Die Wahrnehmung für die Juden ist jedoch eine andere. Was unternimmt die Schweizer Regierung, um ein Zeichen in der Öffentlichkeit zu setzen, wie soll die Öffentlichkeit, und vielleicht auch die Juden, mit diesem Konflikt umgehen?

«Der Nahostkonflikt ist wahrscheinlich der gefährlichsten der Welt.»

Der Bundesrat ist nicht der Oberlehrer der Nation. Die Juden sind ein Teil der Nation, und deshalb werde ich mich auch für die Juden einsetzen, wenn sie falsch beschuldigt werden. Das ist für mich klar. Und das Schweizer Volk, wird nicht akzeptieren, dass die jüdische Minderheit schlecht behandelt wird. Dass es dumme Leute gibt, das ist sicherlich möglich.

Dennoch bietet der Nahostkonflikt Anlass für antisemitische Übergriffe in Europa, und vielleicht wäre es zu diesem Zeitpunkt wichtig, diese antisemitische Gefahr beim Namen zu nennen?

Man soll die demokratische Debatte nicht von Anfang an bremsen. Es geht in vielen Orten um eine demokratische Debatte über den Staat Israel und seine Haltung gegenüber den Palästinensern und seinen arabischen Nachbarn. Ich sage immer, dass im Nahen Osten andere Grundwerte herrschen, und deshalb

sollte man nicht zu schnell urteilen. Aber man darf die demokratische Debatte nicht bremsen.

Glauben Sie, die Schweizer Bevölkerung kann zwischen Israel und den Juden differenzieren?

Ja, klar. Davon bin ich überzeugt. Und die Schweizer Juden können auch mit einer gewissen Zurückhaltung zeigen, dass sie nicht Israeli sind. Ich war beispielsweise positiv überrascht, dass es von offizieller jüdischer Seite keine Protestreaktion zu den Äusserungen des EDA gab. Somit wurde der schweizerischen Bevölkerung nicht die Gelegenheit gegeben, zu fragen: «Sind die Juden nun die Botschafter Israels? Dass der Botschafter Israels protestiert und seine Meinung äussert, das ist zu erwarten.»